

# EDITORIAL

---



❖ Die Deutschen leben in einer Gesellschaft, die sich immer häufiger als Informations- oder Wissensgesellschaft beschreiben lässt. Information ist die Ressource, aus der Mehrwert geschöpft werden soll. Die Informationsgesellschaft ist mehr noch als die Industriegesellschaft eine hoch ausdifferenzierte, an Komplexität noch weiter gewachsene Gesellschaft, in der der Einzelne aus eigenem Erleben und aus persönlicher Erfahrung nur äußerst begrenzte Einsichten in Politik, Wirtschaft und Kultur gewinnen kann. Um Übersicht zu gewinnen, bedienen wir uns der Medien, deren Generalfunktion die Herstellung von Öffentlichkeit ist. Dieses Prinzip Öffentlichkeit soll die Komplexität reduzieren, sie auf ein menschenverträgliches Maß zurückschrauben. Journalisten erbringen der Gesellschaft die Dienstleistung „Herstellung von Öffentlichkeit“. Im Begriff „Öffentlichkeit“ steckt das Wort „offen“. „Offen ist etwas, was nicht versperrt, also zugänglich ist. Öffentlichkeit meint deshalb zunächst und zuvörderst das Fehlen von Blockierungen in der gesellschaftlichen Kommunikation, die für alle Personengruppen und Interessen, für alle Erfahrungen und Erkenntnisse, für die Themen und Probleme zugänglich sein muss.“ (Horst Pöttker)

Die Medien haben gegenüber der Gesellschaft eine nicht abgrenzbare, gleichwohl umfassende Informationspflicht und können sich dabei auf das Privileg des Artikels 5 Grundgesetz stützen. Diese Informationsverpflichtung umfasst die Kritik- und Kontrollfunktion der Medien, die Sach-, Personen- und Stilkritik einschließlich auch das Recht, andere Medien zu kritisieren.

Die Beiträge zum Schwerpunktthema des Februar-Heftes machen deutlich, welchen dramatischen Veränderungsprozess die deut-

schen Medien in den letzten zwei Jahrzehnten hinter sich bringen mussten.

Der Entmonopolisierung der elektronischen Medien vor 20 Jahren folgte die Digitalisierung der gedruckten Presse und die Internet-Revolution. Alle Veränderungen bewirkten nicht nur eine Beschleunigung der journalistischen Arbeit und einen Abbau von internen Qualitätskontrollen, sondern auch eine ungeheure Steigerung des Wettbewerbsdrucks der Medien untereinander, einen wachsenden Druck auf die Politik und einen sich dramatisch vergrößernden Informationsvorsprung der Internet-Nutzer vor den Verächtern dieses weltweiten Informationsnetzes. Deshalb war die digitale Kluft im Dezember 2003 das Thema einer UNO-Konferenz über die Informationsgesellschaft in Genf. Den Initiatoren des UNO-Informationsgipfels ging es darum, die Weltgemeinschaft für die Probleme zu sensibilisieren, die durch Dynamik der Informations- und Kommunikationstechnologie im Spannungsfeld zwischen West und Ost, Nord und Süd entstanden sind. Es geht darum, die „digitale Kluft“ in eine „digitale Solidarität“ umzuwandeln. Immerhin ist es den Regierungsvertretern, den Vertretern der internationalen Organisationen der Nichtregierungsorganisationen und der Wirtschaft gelungen, sich auf einen Minimalkonsens zu einigen, der sich in einer allgemein gehaltenen Grundsatzerklärung und in einem etwas konkreteren Arbeitsplan widerspiegelt. Auf der Folge-Konferenz im November 2005 in Tunis soll geprüft werden, was bis dahin von den Regierungen zur Überwindung der digitalen Kluft geleistet wurde. ❖

Wolfgang Bergdorf